

Die eigene Netzwerkbildung um den
„Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer“
in den 1980er Jahren

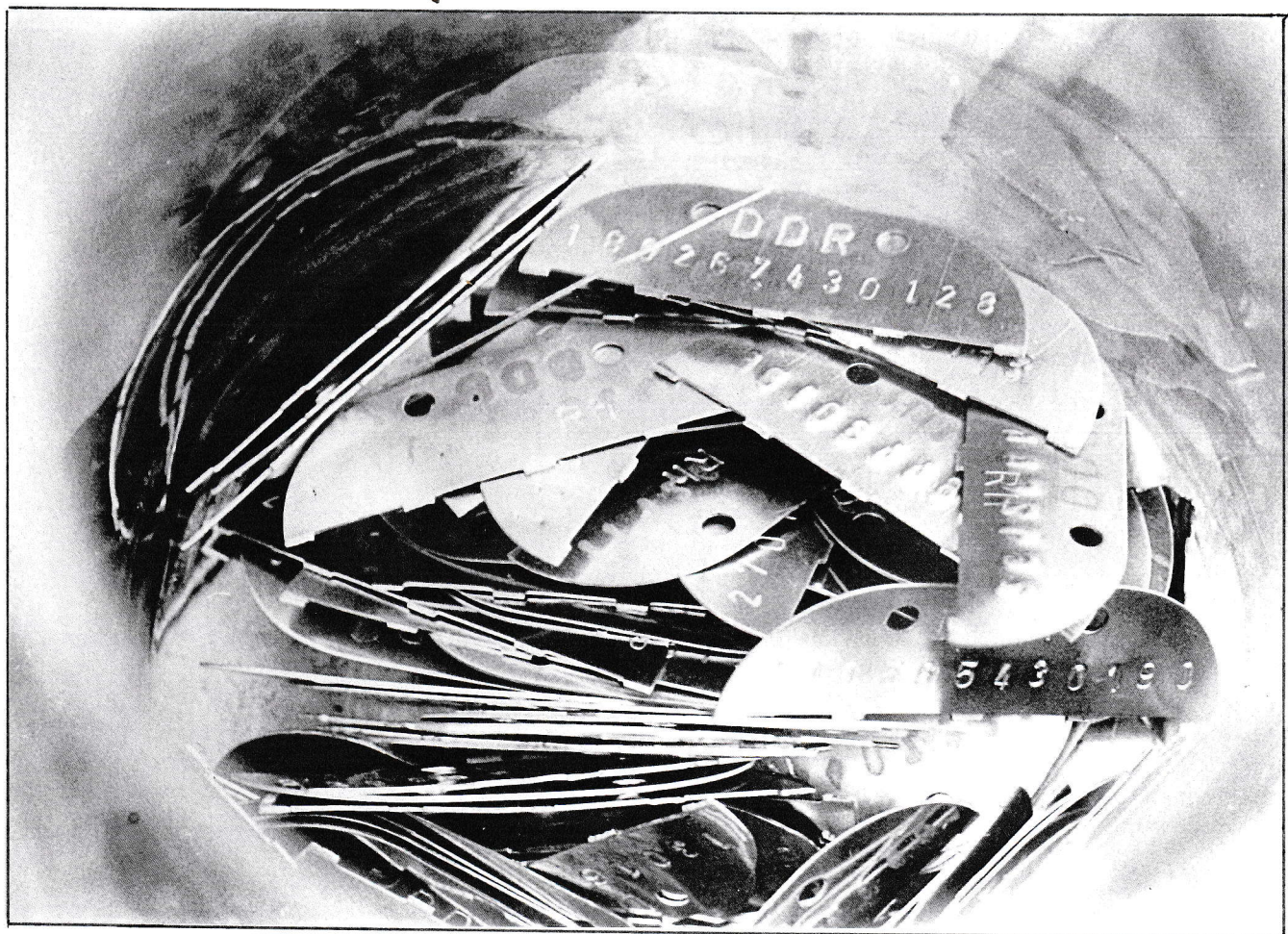


Foto: Kalle Seng

Archiv Totale Kriegsdienstverweigerung (TKDV) im Archiv Aktiv e.V.

Normannenweg 17-21, (Zugang über Hinterhof), 20537 Hamburg. www.archiv-aktiv.de

ARCHIVBESUCHE sind willkommen und eine Terminabsprache mit Josephine Jänicke ist erforderlich per Tel. 040 – 430 20 46 oder per email : email@archiv-aktiv.de

SPENDEN nehmen wir gerne entgegen:
Archiv Aktiv eV, Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN DE93 3702 055 0008 0093 00
BIC : BFSWDE33XXX
Vermerkangabe ist wichtig: „ARCHIV TKDV“

**Die eigene Netzerkennung um den
„Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer“
in den 1980 Jahren**



Basiserklärung 1987/1991

Basiserklärung – russisch

Vorwort und Inhalt

» Geburtstaggeld«

**Als Beitrag zu den Jubiläums-Feierlichkeiten des
40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
am 3. Oktober 1989 wenden sich DDR-Bürger an die Öffentlichkeit
von Berlin-Hauptstadt mit folgender Note:**

**Georg Meusel aus Werdau:
Ja für die Totalverweigerung.
Einer der ersten Kriegsdienstverweigerer in der DDR**

**Wolfgang Herdizin: *
9.4.1984 Erklärung zur Totalverweigerung des Wehrdienstes
aus christlicher Motivation und Gründen der Vernunft.**

**Autor: Anstiftung zum Frieden.
Eine autobiografische Mediation und ein friedensbewegtes Vermächtnis aus der
Zeit der DDR -
in Worten, Bildern, Zeugnissen, Briefen, Essays und Fragmenten.
Verlag Ludwig, Kiel 2024**

Infoblatt Archiv Aktiv, Hamburg

**Im Herbst/Winter erscheint das Bestandsverzeichnis vom Archiv TKDV.
Interessierte können sich vormerken lassen für den Bezug.**

- Nur zur innerkirchlichen und ausserkirchlichen Information! -

geplante Buchbesprechung in der Graswurzelrevolution Beilage Libertäre Buchseiten:

** Oktober 2025*

*** März 2026*

graswurzel.net

tierten Selbstverständnis in Königswalde und Meißen eine stärkere Einbindung kirchlicher Laien¹⁰⁶.

Auch wenn sie im Vergleich zu den Bausoldaten zahlenmäßig in der Minderheit waren, gab es sowohl in den sich weiter formierenden Bausoldaten-netzwerken als auch in den friedensorientierten Basisgruppen Totalverweigerer. Dabei handelte es sich seltener um ehemalige inhaftierte Verweigerer, sondern häufig um Personen, die nicht eingezogen wurden¹⁰⁷. Oft waren es, wie bei Thomas Auerbach aus Jena, Diakone und Jugendwarte der evangelischen Kirchen. Sie wurden, so der Oppositionelle und Oppositionshistoriker Neubert, zu „Kristallisationskernen der Friedensbewegung“¹⁰⁸. Verbindendes Element war ihr Einsatz für einen zivilen Wehersatzdienst in der DDR – eine Forderung, die im Frühjahr 1990 schließlich erfüllt wurde.

8.2.3 Die eigene Netzwerkbildung um den „Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer“ in den 1980er Jahren

Erst seit Mitte der 1980er Jahre lässt sich ein eigenes Netzwerk speziell der Totalverweigerer nachzeichnen – interessanterweise erst ab dem Zeitpunkt der faktischen Aussetzung ihrer Strafverfolgung. Am 25. März 1982 wurde ein neues Wehrgesetz erlassen, das unter anderem den Reservistendienst ausweitete, was zur letzten großen Verhaftungswelle von Wehrdienstverweigerern führte¹⁰⁹. In den darauffolgenden Jahren stieg die Zahl der Totalverweigerer im Rahmen der Musterung stetig an, wobei immer mehr junge Männer vornehmlich politische Gründe für ihre Verweigerung anführten¹¹⁰. Vor allem seit 1984 waren die Ausreiseantragsteller, deren Gruppen sich mit den bisherigen, kirchlichen Trägerkreisen der Verweigerung verbanden, bestimmend¹¹¹. Bei ihnen überwog die Hoffnung auf Freikauf als politischer Häftling in die Bundesrepublik gegenüber dem Risiko, dafür eine Gefängnisstrafe in Kauf nehmen zu müssen¹¹². Im Frühjahr 1988 stieg die Zahl der Totalverweigerer sogar so stark an, dass in diesem Jahr 85 % der Verweigerer Ausreisewillige waren¹¹³.

106 Bis zum Ende der DDR referierten bei den Leipziger Zentraltreffen Theologen, vgl. EISENFELD/SCHICKETANZ, Bausoldaten, 392; in Königswalde hingegen waren die Protagonisten Handwerker und man grenzte sich vom BEK inhaltlich ab, vgl. NEUBERT, Geschichte, 303.

107 Vgl. EBD., 300.

108 EBD.

109 Vgl. DIRKSEN, Keine Gnade, 778–783.

110 Vgl. EISENFELD/SCHICKETANZ, Bausoldaten, 420. Ein in der Forschung einschlägig diskutierter Fall ist Nico Hübner, der wohl prominenteste Totalverweigerer aus politischen Gründen aus dem Jahr 1978, vgl. EBD., 425 f.

111 Vgl. EBD., 158–162.

112 Vgl. EBD., 422.

113 Vgl. EBD., 423. Für die Totalverweigerer der 1980er Jahre liegen umfangreiche Aktensamm-

Nachdem im Luther-Jubiläumsjahr 1983 auf Weisung der SED keine Wehrdienstverweigerer eingezogen werden sollten¹¹⁴, wurde seit 1985 auf Weisung Honeckers grundsätzlich auf deren Einberufung verzichtet¹¹⁵. Dennoch verhaftete man in dieser Zeit weiterhin einzelne Zeugen Jehovas aufgrund ihrer Totalverweigerung¹¹⁶, wie auch einzelne junge Männer aus den evangelischen Kirchen¹¹⁷. Zu diesem Zweck verfügten die Behörden des SED-Staates über genauere Listen als in den 1960er Jahren, von wem eine Totalverweigerung zu erwarten war – auch dank zahlreicher Spitzel in kirchlichen Netzwerken¹¹⁸. Spätestens seit 1985 findet sich in den Personenkarteien des MfS über Oppositionelle auch die Kategorie „Totalverweigerer“¹¹⁹.

Das Jungmännerwerk der evangelischen Kirche spielte weiterhin eine wichtige Rolle in der Beratung und Begleitung von Wehrdienstverweigerern¹²⁰. Entscheidend für die von den Bausoldatennetzwerken unabhängige Gruppenbildung der Totalverweigerer wurde der „Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer“ (FWTV). Er wurde 1986 auf Initiative des Diakons Michael Frenzel in Berlin-Ost gegründet und fungierte als oppositioneller Dachverband, dem mehrere regionale Gruppen angehörten. Mit dieser Struktur gleicht er den seit Mitte der 1960er Jahre stattfindenden Bausoldatentreffen. Die Mitglieder des FWTV bezeichneten sich zumeist als „Totis“. Der 1956 geborene Frenzel war selbst im Alter von 26 Jahren zum Wehrdienst einberufen worden, verweigerte und wurde im November 1982 zu 20 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, die er in der Strafvollzugsanstalt Berlin-Rüdersdorf verbüßte¹²¹. Anlass der Gründung des FWTV war der Protest gegen die Einberufung von 62 Totalverweigerern aus den Friedens- und Umweltgruppen, die später durch

lungen im Nachlass von Bernd Eisenfeld vor, die bisher noch nicht von der Forschung entdeckt wurden (RHA BERLIN, BE 109–111).

114 Vgl. DIRKSEN, Keine Gnade, 780.

115 Zur ausführlichen Argumentation der Rolle Honeckers vgl. EBD., 780–783.

116 Vgl. EBD. Für eine statistische Übersicht vgl. EBD., 428.

117 Vgl. HALBROCK, Bausoldaten, 57. Noch am 6. 11. 1985 verhaftete man beispielsweise den in Jena geborenen Musiker Klaus H., der am 26. 11. zu 20 Monaten Freiheitsentzug durch das MG Halle wegen Nichtbefolgung des Einberufungsbefehls verurteilt wurde, vgl. Urteilsschrift gegen Klaus H. des MG Halle vom 26. 11. 1985 (RHA BERLIN, BE 110, 206–208).

118 Vgl. Bericht zu Wehrdienstfragen IMB „Torsten“ vom 18. 10. 1984 (RHA BERLIN, BE 110, 173 f.).

119 Vgl. etwa Rechercheblatt Personenrecherche Hans-Jürgen N. vom 26. 7. 1985 (RHA BERLIN, BE 110, 214).

120 Vgl. etwa Beratung und Begleitung von Wehrpflichtigen. Eine Arbeitshilfe des Evangelischen Jungmännerwerkes [1983] (RHA BERLIN, HL 36, Bl. 119–136). Doch auch über die Kirchen hinaus gab es Informationsveranstaltungen zur Thematik, so beispielsweise durch die „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ am Berliner Checkpoint Charlie, vgl. Einladung zu „DDR-Haftwesen und Justiz, insbesondere Wehrdienstverweigerung“ am 14. 6. 1985 (RHA BERLIN, BE 110, 158).

121 Er gibt eine ausführliche autobiografische Schilderung unter <https://www.kriegsdienstverweigerer-geschichten.de/persoentliche-geschichten/wehr-+bzw.-waffendienstverweigerer-ddr/michael-frenzel/> (Zuletzt abgerufen am 21. 11. 2024); vgl. HALBROCK, Bausoldaten, 56.

die Behörden annulliert wurde¹²². Obwohl sich der Kreis ausdrücklich als nichtkirchliche Basisgruppe verstand, traf er sich in Räumen der evangelischen Kirche. Hier bestehen generationelle Kontinuitäten zu den 1960er Jahren – ein Sohn des Wehrdienstverweigerers Wolfgang Stadthaus, Mitbegründer des Bausoldaten-Arbeitskreises, gehörte als Totalverweigerer dem Berliner Kreis um Frenzel an¹²³.

Es bildeten sich überdies Regionalgruppen, zunächst in Schwerin – auch hier gibt es über die Vermittlung durch Heiko Lietz, Bausoldat im dritten Jahrgang, Kontinuitäten¹²⁴. In den folgenden Jahren formierten sich sodann 17 Gruppen mit 24 Regionalvertretern auf dem Gebiet der gesamten DDR, die zum FWTV gehörten¹²⁵. Diese umschreibt Gerold Hildebrand, selbst in den 1980er Jahren im Netzwerk aktiv, mit dem Begriff „Solidaritätsnetzwerke“¹²⁶. In Thüringen beispielsweise organisierten junge Männer aus der „Offenen Arbeit“ Jena um Jürgen Hoffmann eine Demonstration in Eisenach, auf der ein „Sozialer Friedensdienst“ gefordert wurde. Dieses Anliegen blieb im Zentrum der Vernetzung, ebenso wie die Verbindung zu internationalen Organisationen von Wehrdienstverweigerern¹²⁷.

Am 7. November 1987 formulierte die Berliner Zentralgruppe des „Freundeskreises Wehrdiensttotalverweigerung“ eine Grundsatzerklärung. Darin forderten die Akteure „gewaltfreie Methoden der Konfliktlösung“ auf staatlicher Ebene, wie man sie in den Basisgruppen eingeübt hatte, und erläuterten ihre Ablehnung der „bestehende[n] Formen des Ersatzdienstes“ in der DDR¹²⁸. Stil und Sprache des Grundsatzpapiers sind geprägt vom Milieu der Basisgruppen der 1980er Jahre, die sich mit grundsätzlichen Überlegungen zu einer entmilitarisierten Gesellschaft und individueller Persönlichkeitsentfaltung befassten. Eines der formulierten Anliegen bestand darin, „potentielle Verweigerer aus ihrer Isolation [zu] befreien und sie bei ihrer Entscheidung zu begleiten“¹²⁹. Eine typische Formulierung in diesem Netzwerk war die Forderung nach „uneingeschränkte[r] Anerkennung des Menschenrechts auf Wehrdienstverweigerung“¹³⁰. In einem weiteren Thesenpapier aus dem Jahr

122 Vgl. EBD., 57. Die Einberufung wurde infolge kirchlichen und innerdeutschen Drucks zurückgenommen, vgl. EBD. Zur Rechtspraxis in den letzten Jahren der DDR vgl. EISENFELD/SCHICKETANZ, Bausoldaten, 430–432.

123 Interview mit Wolfgang Stadthaus vom 11.6.2021.

124 Vgl. BERSCH/HERRBERGER, Verfolgung, 29.

125 Vgl. www.jugendopposition.de/lexikon/sachbegriffe/148388/freundeskreis-wehrdiensttotalverweigerer (Zuletzt abgerufen am 20.11.2024).

126 Vgl. HILDEBRAND, Wehrdienstverweigerer, 83.

127 Vgl. EISENFELD/SCHICKETANZ, Bausoldaten, 435.

128 Basispapier des „Freundeskreises Wehrdienstverweigerer“ 1988, abgedruckt in: EBD., 550 (Dokument 64).

129 EBD.

130 EBD.

1988 forderte der Kreis nicht nur die Einrichtung eines zivilen Wehrrersatzdienstes in der DDR, sondern die generelle Abschaffung der Wehrpflicht¹³¹.

Seit 1988 trafen sich die Regionalgruppen zu überregionalen Treffen und Diskussionsforen, Anfang 1989 zu einem innerdeutschen Vernetzungstreffen mit Wehrdienstverweigerern aus der Bundesrepublik. Aktiv wurde der FWTV in der DDR durch die Aufstellung der Plastik „Dem unbekannten Deserteur“ auf der Friedenswerkstatt 1988, das kollektive Einschmelzen von Wehrdienstausweisen im Jahr 1990 in einer Installation und die seit 1989 herausgegebene Samisdat-Zeitschrift „Sag nein“¹³². Das MfS beobachtete die Gruppen, besonders nachdem der Berliner Kreis 1987 Kontakt mit dem „Europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerer“ in Brüssel aufgenommen hatte¹³³. 1991 löste sich der „Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer“ auf. Mit der Kontaktaufnahme zu Netzwerken der Wehrdienstverweigerung jenseits der DDR und dem Engagement in der Friedensbewegung der 1980er Jahre wird damit eine inhaltliche Linie fortgesetzt, die mit dem Pazifismus der Friedensbewegung der 1950er Jahre begonnen hatte. Bereits der DDR-Oppositionelle und Historiker Christian Halbrock machte auf diesen Zusammenhang aufmerksam, wenn er den widerständigen Habitus der Gruppenbildung in den 1980er Jahren charakterisierte:

„Die Totalverweigerer griffen somit jene Traditionen auf, die ursprünglich noch das Denken in den ersten Baueinheiten bestimmt hatten, ab Mitte der siebziger Jahre aber mitunter in Vergessenheit geraten und dem Streben nach Unauffälligkeit, Angepaßtheit und Konformität gewichen waren.“¹³⁴

Besonders in den Gruppen der Totalverweigerer der 1980er Jahre herrschte damit ein sehr kritischer Blick auf die Baueinheiten. Sie sahen sich selbst als die Konsequenteren im Vergleich zu ihren Altersgenossen, die sich für den waffenlosen Wehrdienst in den Baueinheiten entschieden.

8.2.4 Die Debatte um den waffenlosen Wehrdienst als „fauler Kompromiss“ auf dem Bausoldatenkongress 2004

Für Zeugen Jehovas war die Frage, ob man dem „Wehrrersatzdienstes“ in den Baueinheiten nachkomme, nur in den ersten Monaten nach dessen Einführung strittig gewesen. In den evangelischen Kirchen hingegen diskutierte man vor allem darüber, ob Wehrdienstverweigerung als das „deutlichere Friedenszeugnis“¹³⁵ eine individuelle Entscheidung oder der einzig gangbare Weg für

131 Vgl. EBD., 436.

132 Vgl. www.jugendopposition.de/lexikon/sachbegriffe/148388/freundeskreis-wehrdiensttotalverweigerer (Zuletzt abgerufen am 20. 11. 2024).

133 Vgl. EISENFELD/SCHICKETANZ, Bausoldaten, 436.

134 HALBROCK, Bausoldaten, 58.

135 So die klassische Position in der „Handreichung“.

Christen sei¹³⁶. Weniger im Mittelpunkt stand die Debatte zwischen Totalverweigerung und Bausoldatendienst. Zwar vertraten einige junge Männer und Akteure die Position, dass es der konsequentere Weg sei, als Totalverweigerer eine Gefängnisstrafe in Kauf zu nehmen – doch handelte es sich dabei um Einzelstimmen.

In der Rückschau auf die DDR verstärkten sich jedoch die kritischen Stimmen zur Waffendienstverweigerung, besonders aus den Netzwerken der Totalverweigerer der 1980er Jahre¹³⁷. Umstritten war, ob es sich beim Bausoldatendienst tatsächlich um eine Form der Wehrdienstverweigerung handelte, oder nicht vielmehr um ein „Einknicken“ vor dem System aus Angst vor Repressionen – so der Vorwurf einiger Totalverweigerer. Auch einige der ersten Wehrdiensttotalverweigerer der 1960er Jahre hatten durchaus einen ambivalenten Blick auf die Bausoldaten, auch wenn sie – sofern sie keine Zeugen Jehovas waren – vielfach zum gleichen (kirchlichen) Milieu gehörten. Diese Diskussionen fanden ihren Fortgang auf den Bausoldatenkongressen nach dem Ende der DDR.

Zehn Jahre nach dem ersten Bausoldatenkongress im vereinten Deutschland, der vom 9. bis 11. September 1994 im Rahmen einer CVJM-Tagung in Berlin-Moabit stattfand, wurde anlässlich des 40-jährigen Jubiläums im Jahr 2004 ein groß angelegter Kongress in Potsdam abgehalten. Organisiert wurde die Veranstaltung unter anderem vom 1965 gegründeten Arbeitskreis der Bausoldaten, dem bereits untersuchten ersten Netzwerk „Arbeitsgruppe ehem. BS“¹³⁸. Schon bei der Vorbereitung des Kongresses stellte die Einbeziehung von Totalverweigerern das Planungskomitee vor zwei Herausforderungen: Erstens wurde um eine Definition gerungen, wer überhaupt ein „Totalverweigerer“ sei: Während Hildebrand den „Freundeskreis“ der 1980er Jahre und die Verweigerer des Zeitraums von 1962 bis 1964 einladen wollte, schlug Eisenfeld vor, diejenigen zu berücksichtigen, die ihren Einberufungsbefehl zu den Baueinheiten nicht befolgt hatten¹³⁹. Zweitens erwies sich die Kontaktaufnahme mit

136 Vgl. vertiefend zur Haltung der evangelischen Kirchen in den 1960er Jahren FITSCHEN, Kirche, 71–81.

137 Dies hatte sich zuvor bei der Untersuchung des FWTV herausarbeiten lassen.

138 Maßgeblich beteiligt an der Organisation waren die Gründer des Bausoldaten-Arbeitskreises aus den 1960er Jahren: Berger, Pastor Peter Müller, Paul P. und Stadthaus. Sie planten dieses Treffen seit 2001, wie aus der Einladung an Schicketanz hervorgeht, vgl. Einladungsschreiben C. Berger an P. Schicketanz vom 15.9.2001 (RHA BERLIN, PSch 16, 4–6). Seit einem Planungspapier vom 6. 6. 2002 findet sich die Anregung, auch Totalverweigerer zu thematisieren („Totalverweigerer, Motive-Prozesse-Haftbedingungen“), vgl. Überlegungen zur Tagungsgestaltung vom 6.6.2002 (RHA BERLIN, PSch 16, 18 f.). Möglicherweise gab Gerold Hildebrand den entsprechenden Impuls, der auf der Planungssitzung am 3. März erstmals dabei war, vgl. Protokoll zum dritten Treffen der Planungsgruppe vom 3.3.2002 (RHA BERLIN, PSch 16, 21–24).

139 Vgl. Protokoll zum fünften Treffen der Planungsgruppe vom 15.3.2003 (RHA BERLIN, PSch 16, 36–40, hier 39). P. merkte an „alle sind eingeladen“, Stadthaus wollte sich auf die Militärseelsorger konzentrieren. Grundsätzlich griff Eisenfelds Position am deutlichsten den historischen Kontext auf, zumal er das Potential hatte, den Blick auf weitere Kreise der Totalverweigerer zu

den Zeugen Jehovas als der größten Gruppe von Totalverweigerern als schwierig, obwohl Berger von Anfang an die Notwendigkeit der Einbeziehung der Religionsgemeinschaft betont hatte¹⁴⁰. Letztendlich waren nicht viele einstige Totalverweigerer aus jener Gemeinschaft in der Arbeitsgruppe „Totalverweigerer“ bei der Tagung vertreten; es könnte aber auch sein, dass Verweigerer der Zeugen Jehovas eingeladen waren, aber nicht erschienen. Um das Defizit an Erinnerungsberichten von Totalverweigerern zu begrenzen, luden die Organisatoren den Rechtshistoriker Hans-Hermann Dirksen, der sich kurz zuvor über das Thema der Rechtsverfolgung der Religionsgemeinschaft in der DDR mit Schwerpunkt auf den 1950er Jahren promoviert hatte, für einen wissenschaftlichen Vortrag zum Thema „Kriegsdienstverweigerung der Zeugen Jehovas“ ein¹⁴¹.

In der Arbeitsgruppe „Totalverweigerer“ auf dem Bausoldatenkongress 2004 gab es einen ungeplanten Impuls eines Wehrdienstverweigerers: Bernhard Schneyer¹⁴², ein aus der evangelischen Kirche und SPD ausgetretener DDR-Übersiedler, der Teil der ersten Verhaftungswelle von Verweigerern aus dem Jahr 1964 war, wandte sich am 24. April 2004 mit einem kontroversen Positionspapier an die Robert-Havemann-Gesellschaft. In diesem bezog er

lenken, auch wenn aus dem Aktenbestand nicht ersichtlich ist, ob und wie viele Totalverweigerer persönlich geladen wurden.

140 Vgl. Einladungsschreiben C. Berger an P. Schicketanz vom 15.9.2001 (RHA BERLIN, PSch 16, 4–6, hier 5). Noch zur vierten Sitzung konstatierte man „Defizit: Totalverweigerer. Dringend erforderlich für künftige Arbeit: Totalverweigerer einbeziehen. Dabei ist zu differenzieren zwischen der Präsentation unterschiedlicher religiöser Gruppierungen, ‚Zeugen‘ etc. und ‚aktiven‘ Verweigerern. Hildebrand und Ilse werden sich um Kontakte bemühen.“ (Protokoll zum 4. Treffen der Planungsgruppe vom 28.9.2002 [RHA BERLIN, PSch 16, 30–33, hier 32]).

141 Ihre Perspektive sollte – ohne dass dies primär intendiert war – Dirksen einbringen, der von seinem Stiefvater Schicketanz bei der fünften Sitzung als Rechtsanwalt vorgeschlagen wurde, vgl. Protokoll zum 5. Treffen der Planungsgruppe vom 15.3.2003 (RHA BERLIN, PSch 16, 36–40, hier 38). Als Verantwortlichen der Sektion der Totalverweigerer bestimmte man Michael Frenzel, den Gründer des „Freundeskreises Wehrdiensttotalverweigerer“ aus dem Jahr 1986, der selbst 1982 verhaftet und interniert worden war. Die Arbeitsgruppe bestand überdies aus den im Laufe der vorliegenden Arbeit bereits genannten Frenzel, Dirksen, Meusel und Wiedersberg (Totalverweigerer 1989, FWTV), vgl. Konferenzeinladung „Zivilcourage und Kompromiss. Bausoldaten in der DDR 1964–1990“ vom 3. bis 5.9.2004 (RHA BERLIN, PSch 16, 2 f.).

142 Insbesondere Schneyer wehrte sich stets dagegen, als „Totalverweigerer“ betrachtet zu werden, sondern sieht sich als „Wehrdienstverweigerer“, vgl. HILDEBRAND, Wehrdienstverweigerer, 83. Schneyers Verweigererbiografie wurde ausführlich thematisiert und seine Perspektive wurde auch deshalb profiliert, weil es sich bei ihm in vielerlei Hinsicht um den Sonder-, nicht Regelfall eines Verweigerers in den 1960er Jahren handelt. Seine Sichtweise verdeutlichte Schneyers nochmals 2020: „In der DDR gab es keinen zivilen Ersatzdienst. Also konnte es auch dort keine Totalverweigerer geben wie in Westdeutschland, wo Autonome oder politische Gegner auch den zivilen Ersatzdienst verweigerten. Ich machte in Westdeutschland die Erfahrung, dass Personaldirektoren Vorbehalte gegen Totalverweigerer haben. Für einen Übersiedler wie mich war es schwierig zu erklären, dass ich zivilen Dienst gern geleistet hätte, was in der DDR nicht möglich war. Das Problem resultiert daraus, dass der waffenlose Dienst innerhalb der NVA als Wehrrersatzdienst hinterhältig falsch etikettiert war. Deshalb möchte ich nicht als Totalverweigerer bezeichnet werden.“ (Fragebogen von Bernhard Schneyer vom 17.9.2020).

Position zur Frage, ob sowohl Bausoldaten als auch Wehrdiensttotalverweigerer in der DDR als „Wehrdienstverweigerer“ zu verstehen seien. Diese Debatte wurde im Hinblick auf ihre Forschungsdiskussion bereits im zweiten Kapitel dieser Studie analysiert¹⁴³, und soll hier nochmals aus der erinnerungskulturellen Perspektive eines Zeitzeugen anhand eines bisher noch nicht in zeitgeschichtlichen Studien untersuchten Textes erörtert werden.

Schneyer regte an, sein Positionspapier in der Arbeitsgruppe 2 „Totalverweigerung“ auf dem im gleichen Jahr anstehenden Bausoldatenkongress in Potsdam zu referieren und zur Diskussion zu stellen¹⁴⁴. Der schroffe Stil und anklagende Duktus verhinderten allem Anschein nach dieses Anliegen, doch wären Inhalt und Argumentation des Dokuments durchaus diskussionswürdig gewesen. Die darin formulierten Auffassungen sollen im Folgenden stellvertretend für den kritischen Blick von ehemals inhaftierten Wehrdiensttotalverweigerern auf Waffendienstverweigerer, die sie nicht als vollwertige Wehrdienstverweigerer betrachteten, analysiert werden.

Die Argumentation in Schneyers Impulspapier, das als Quelle im Robert-Havemann-Archiv zugänglich ist, besteht aus 23 Thesen, die sich wiederum in vier Teile gliedern lassen: Im ersten Teil geht es um den nicht vorhandenen zivilen Wehersatzdienst in der DDR, es folgt eine Kritik des Bausoldatendienstes als inkonsequentem Kompromiss, dann wird die Kooperation der Kirche mit dem SED-Staat thematisiert und schließlich folgen Überlegungen zu einem prinzipiellen Pazifismus. Im ersten Teil setzt Schneyer die These: „Totalverweigerer sind Wehrdienstpflichtige, die auch den zivilen Ersatzdienst verweigern. Totalverweigerer gab es in der DDR nicht, weil es keinen zivilen Ersatzdienst gab.“¹⁴⁵ Mit der Kritik an der in der DDR-Forschung als selbstverständlich angenommenen Begrifflichkeit „Totalverweigerer“ macht er auf die Problematik aufmerksam¹⁴⁶, dass die Einrichtung eines zivilen Wehersatzdienstes auch in den ersten Jahrgängen der Baueinheiten noch eine Kernforderung aller Wehrdienstverweigerer – Bausoldaten und Totalverweigerer – gewesen war. Die rasche Erkenntnis, dass der Bausoldatendienst durchaus militärische Elemente enthielt, habe zunächst in den Baupionier-

143 Siehe oben 2.1.

144 Schneyer schrieb an die Arbeitsgruppe: „Diese bitte ich, den Text – wenn möglich – trotz seiner Rigorosität, deren ich mir bewusst bin, in der Kongressvorbereitung so zu nutzen, dass in der Arbeitsgruppe 2 darüber eine Diskussion zustande kommt. Ich stehe zwar den Bausoldaten – wie Sie dem Text entnehmen können – distanziert gegenüber, bin aber sehr neugierig auf Menschen mit Überzeugungen und Erfahrungen die mit meinen im Grunde korrespondieren und im Einzelnen sie befruchten können.“ (Ansreiben B. Schneyer an die Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin vom 24.4.2004 [RHA BERLIN, BSch 15, 1]).

145 Thesen B. Schneyers zum Bausoldatenkongress vom April 2004 (RHA BERLIN, BSch 15, 2 f., hier 2).

146 Zu einer vergleichbaren Position, auch in direkter Referenz auf Schneyer, vgl. HALBROCK, Bausoldaten, 58. Zur Begriffsklärung in der vorliegenden Studie siehe 2. Für die Zeugen Jehovas ist die Bezeichnung „Totalverweigerer“ im Kontext der DDR hingegen unproblematisch, wie bereits dargelegt wurde.

bataillonen zu Protesten geführt, die jedoch in Resignation umgeschlagen seien. Die Rede von „Totalverweigerern“, so Schneyer, stellt die Personen aus der DDR im Kontext der Bundesrepublik – in der sie nun aber leben – in ein falsches Licht. Hier spricht er aus persönlicher Erfahrung, weil er nach seiner Übersiedlung fälschlicherweise als Zivildienst-Verweigerer betrachtet und daher diskriminiert wurde¹⁴⁷. Jedoch hatte er im Zuge seiner Wehrdienstverweigerung 1964 eine Stelle als Hilfspfleger im örtlichen Krankenhaus als selbstgewählten Zivildienst angenommen, was jedoch nicht als Ersatzdienst seitens der Behörden akzeptiert wurde. Er hatte sich für diesen Weg entschieden, weil er diese Möglichkeit von seinen Freunden in der Bundesrepublik kannte, die zum Teil als Übersiedler vor dem Mauerbau aus Leipzig in den „Westen“ gekommen waren.

Der erste Teil des Positionspapiers schließt mit der Forderung: „Verweigerer des Bausoldatendienstes als Totalverweigerer zu bezeichnen, missachtet deren Kampf um das Recht zivilen Ersatzdienstes. Sie so zu benennen, diskriminiert sie auch nach bundesdeutschem Recht.“¹⁴⁸ Diese von Schneyer vorgenommene Ablehnung, Bausoldaten unkritisch als „Wehrdienstverweigerer“ zu bezeichnen, ist aus seiner Perspektive durchaus schlüssig und ermöglicht, die Diskussion über Wehrdienstverweigerung in der DDR in die Debatte um eine nicht-militärische Form des Wehersatzdienstes einzuordnen.

Im zweiten Teil des Thesenpapiers behauptet der einstige Berndshofer Häftling, dass der Bausoldatendienst „Betrug“ des Staates war, der die Einrichtung eines Zivildienstes in der DDR verhindert habe:

„Bausoldatendienst war kein Wehersatzdienst. [...] Mit der Bausoldatenverordnung versuchte der Gesetzgeber, die kriegserfahrene und dann pazifistisch erzogene Kriegs-/Nachkriegsgeneration zu betrügen. [...] Die Bausoldatenverordnung war ein Kompromiss über die Köpfe der Betroffenen hinweg.“¹⁴⁹

Er stimmt damit der schon in den Bau-Pionierbataillonen geäußerten Wahrnehmung zu, der Bausoldatendienst sei ein „fauler Kompromiss“¹⁵⁰ gewesen. Im nächsten Schritt hält Schneyer dies den Bausoldaten jedoch selbst vor:

147 „In der DDR gab es keinen zivilen Ersatzdienst. Also konnte es auch dort keine Totalverweigerer geben wie in Westdeutschland, wo Autonome oder politische Gegner auch den zivilen Ersatzdienst verweigerten. Ich machte in Westdeutschland die Erfahrung, dass Personaldirektoren Vorbehalte gegen Totalverweigerer haben. Für einen Übersiedler wie mich war es schwierig zu erklären, dass ich zivilen Dienst gern geleistet hätte, was in der DDR nicht möglich war. Das Problem resultiert daraus, dass der waffenlose Dienst innerhalb der NVA als Wehersatzdienst hinterhältig falsch etikettiert war. Deshalb möchte ich nicht als Totalverweigerer bezeichnet werden.“ (Fragebogen von Bernhard Schneyer vom 17.9.2020).

148 Thesen B. Schneyers zum Bausoldatenkongress vom April 2004 (RHA BERLIN, BSch 15, 2 f., hier 2).

149 EBD.

150 Vgl. EISENFELD/SCHICKETANZ, Bausoldaten, 115, 131, 401, 464.

„Kriegsdienstgegner – sich dem Gesetz unterwerfend – verrieten ihr antimilitaristisches Bekenntnis.“¹⁵¹

Diesen Vorwurf einer Anbiederung an das System erhebt er im dritten Teil des Thesenpapiers sodann auch gegen die Kirche¹⁵². Diese habe einen „Teufelspakt“ als „Kirche im Sozialismus“ geschlossen, wie schon die „Deutschen Christen“ mit dem NS-Regime¹⁵³. Überdies trage sie damit eine Mitschuld an der Verfolgung derjenigen – also der Totalverweigerer –, die nicht zu diesem Kompromiss bereit waren¹⁵⁴. Die Pauschalisierung „die Kirche“ verkennt die Diskussionslage in ihrem historischen Zusammenhang. Der einseitige Schuldvorwurf an die Bausoldaten, für die Verfolgung der „rigoroser“ Wehrdienstverweigerer mitverantwortlich zu sein, verwischt den Zusammenhang zwischen diskriminierenden und diskriminierten Akteuren.

An diesen beiden Punkten gerät Schneyers Argumentation in Pauschalierungen, die eine historische Kontextualisierung der Thematik auszuräumen vermag, nachdem er zuvor wichtige Beobachtungen und Kritikpunkte geliefert hatte. Ergiebig für die Debatte ist jedoch seine Anfrage, ob anstelle des Kompromisses zur Wehrdienstverweigerung Mitte der 1960er Jahre eine Fundamentalopposition der evangelischen Christen „von unten“ ein gangbarer Weg gewesen wäre.

Insbesondere der erste Teil des Thesenpapiers bleibt eine Anfrage an die erinnerungskulturelle und zeitgeschichtliche Einordnung der Bausoldaten: Es gab in der DDR keinen zivilen Wehersatzdienst und der Dienst in den Baeinheiten war ein waffenloser Wehrdienst. Dies war im Kontext der sozialistischen Diktatur zwar für viele junge Männer ein gangbarer Kompromiss, der an sich schon ein widerständiger Akt war, und bedeutete Mitte der 1960er Jahre einen Autonomiegewinn für die evangelischen Kirchen, die über diese Thematik nicht in einen „Kirchenkampf“ gerieten – wie es Schneyer laut seines Thesenpapiers offensichtlich vorgezogen hätte. Aus Sicht mancher Wehrdiensttotalverweigerer, die sich als die konsequenteren Christen oder Pazifisten betrachten, blieb der Bausoldatendienst ein „legalisiertes Täuschungsmanöver“¹⁵⁵ des SED-Staates gegenüber pazifistisch-antimilitaristisch

151 Thesen B. Schneyers zum Bausoldatenkongress vom April 2004 (RHA BERLIN, BSch 15, 2 f., hier 3).

152 EBD.

153 EBD.

154 „Das Bausoldatengesetz wirkte so, wie vom SED-Regime geplant: es trieb zu. Die Kirche trieb mit. Das Gesetz trennte Kompromissbereite schnittgenau von Rigoristen. Und lieferte diese so rigoroser Verfolgung aus. [...] Kompromissbereite haben Teil an Verfolgungsschicksalen. Kompromisse in totalitären Systemen machen mitschuldig. Mitschuldig, wie es die erwähnten ‚Deutschen Christen‘ sind am Verfolgungsschicksal Bekennder Kirche-Christen im Dritten Reich.“ (EBD.). Schneyer schließt im vierten Teil des Positionspapiers mit pazifistischen Zitaten und Gedanken.

155 Der Begriff stammt von Werner Wedler, einem Bausoldaten, der aufgrund seiner nachträglichen Totalverweigerung beziehungsweise Befehlsverweigerung inhaftiert wurde. Auch er war auf dem Bausoldatenkongress 2004 in Potsdam anwesend als Teil einer Arbeitsgruppe.

eingestellten Wehrdienstverweigerern und gehört damit zur Instrumentalisierung des Friedensbegriffes und der Friedensbewegung in der DDR.

Quelle: _____

8.2.3. Die eigene Netzerkennung um den „Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer“ in den 1980er Jahren (Seiten 390-399).

im Kapitel: 8. Vernetzung und Netzwerke der Totalverweigerer (Seiten 390-400).

In: Christopher Spehr / Roland M. Lehmann (Hg.), Discriminierung von Christen in der DDR.

Band 2: Maximilian Rosin: Totalverweigerer in den 1960er Jahren.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage, Göttingen 2025, 470 Seiten.

ISBN 978-3-525-50115-3 (print) | ISBN 978-3-647-50115-4 (digital) | ISBN 978-3-666-50115-9 (eLibrary) | ISSN 2198-140X (print) | ISSN 2197-0874 (digital)

Ergänzende Anmerkung zum vorliegenden Text:

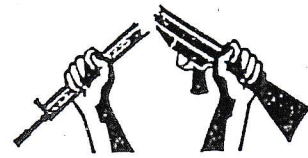
Der FWTV war Mitgliedsorganisation der War Resisters' International (WRI, London) und von der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V., Bremen.

Kalle Seng
Ex-FWTV „Aussenstelle“ Hamburg
Archiv TKDV, Hamburg



Berlin, 25. Februar:
Aktion des »Freundes-
kreises Wehrdienst-
totalverweigerer«. Der
1. März (Tag der NVA)
wird zum »Tag der Ab-
schaffung der Wehr-
pflicht« erklärt; die
Wehrdienstausweise
können zum Eingießen
in Kunstharz abgege-
ben werden, und mit
den Erkennungs-Blech-
marken wird eine
Tombola veranstaltet

Freundeskreis WehrdiensttotalverweigererInnen



- assoziiert mit War Resisters' International - WRI, London (1989).
- Mitgliedsverband der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, Bremen (1991).

Basiserklärung

Wir wollen uns unserer politischen Verantwortung hier und heute bewußt sein und sie wahrnehmen. Wir verweigern den militärischen Dienst, die ihm entsprechenden Dienste und bestehende Formen des Ersatzdienstes. Diese Entscheidung zur Totalverweigerung vertreten wir in der Öffentlichkeit.

Uns eint die Ablehnung erzwungenen bedingungslosen Gehorsams, die Ablehnung der vielfältigen Formen der Intoleranz, Gewalt und Starrheit sowohl in den gesellschaftlichen Strukturen als auch in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Wir meinen, daß die Praxis der Wehrpflicht ein Ausdruck der jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit ist.

Uns treibt die Sorge um den Frieden angesichts einer sich totrüstenden Welt. Wir mißtrauen der Fähigkeit von Regierenden, die alten Mechanismen zu durchbrechen. Wir erleben die Ohnmacht der Regierten, daß der Einzelne übersehen wird, sein Gewissen, seine Entscheidungsfähigkeit und sein Recht auf Mitgestaltung ignoriert werden.

Wir sind überzeugt davon, daß der Frieden nicht mit den Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden kann und die Erfahrung lehrt uns,

- daß die Aktion des Einzelnen nicht genügt, um etwas zu verändern,
- daß sachliche, aktuelle Information befreiend wirkt,
- daß Solidarität untereinander stärkt,
- daß Angst und Passivität lähmen.

Deshalb wollen wir:

- Aufklären und informieren über die verhängnisvollen Verflechtungen von militärischen, wirtschaftlichen und gesamtulturellen Ansprüchen, Meinungen, Gewohnheiten,
- uns selbst informieren über mögliche Formen der Lebensgestaltung,
- gemeinsam gewaltfreie Methoden der Konfliktlösung üben und ihre allgemeine Anwendbarkeit erproben,
- füreinander Gesprächspartner sein, um uns Entlastung in Ängsten zu gewähren, um einander vor Kurzschlußreaktionen zu bewahren,
- potentielle Verweigerer aus ihrer Isolation befreien und sie bei ihrer Entscheidung begleiten,
- uns gegen alle die Gesellschaft militarisierenden Aktivitäten wenden,
- eigenverantwortlich für friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft und zwischen den Völkern eintreten und internationale Begegnungen suchen,
- uns für die uneingeschränkte Anerkennung des Menschenrechts auf Verweigerung aller Kriegsdienste einsetzen.

Wir hoffen auf das lebendige Gespräch untereinander, daß es Phantasie freisetzt, Angst vertreibt und Hoffnung weckt für uns und andere!

Berlin, 7. November 1987,

überarbeitet am 2. Februar 1991 / Vollversammlung - Dresden

Weitere Information:

- Freundeskreis WehrdienstTotalVerweigererInnen - F WTV / Region Berlin, Christburger Str. 31
D-1055 Berlin
Tel: Berlin (Ost) 449 87 55 / 472 02 19.
- SAG NEIN ! Informationsblatt zur Totalen Kriegsdienstverweigerung aus den fünf neuen Bundesländern.

ANLAGE ZUR BASISERKLÄRUNG

Internationale Erklärung gegen die Wehrpflicht

Die Unterzeichnenden erklären hiermit ihre Ablehnung der Wehrpflicht, wie auch jede Vorbereitung zur Wehrpflicht, z.B. Erfassungsmaßnahmen. Widerstand gegen die Wehrpflicht ist ein Teil des Kampfes gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen.

Kriegsdienst bedeutet nicht nur Dienst im Krieg, sondern Dienst am Krieg. Krieg beginnt nicht erst beim Ausbruch militärischer Konfrontation, sondern mit der psychischen, politischen und ökonomischen Kriegsvorbereitung.

Wehrpflicht bedeutet staatlicher Zwangsdienst und ist eine Entwürdigung der freien Persönlichkeit.

Indem der Staat Menschen zum Militär- und Ersatzdienst zwingt, integriert er sie in das militärische Gesamtkonzept. Wir sind gegen einen Ersatzdienst, der Teil des militärischen Systems ist.

Wir treten ein für die Abschaffung der Wehrpflicht und fordern Amnestie für alle gefangenen Kriegsgener.

Berlin, 1. Mai 1988

(Diese Erklärung wird z.Zt. unterstützt von 28 Mitgliedsorganisationen der War Resister International (WRI))

Erklärung der "War Resisters' International" (WRI)

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keinen Krieg - weder direkt noch indirekt - zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Als Anlage zur Basiserklärung auf dem Gesamttreffen am 20. Mai 1989 in Brandenburg beschlossen.

Фундаментальное заявление

Мы хотим сознать и нести свою политическую ответственность здесь и сегодня.

Поэтому мы отказываемся от военной службы, соответствующих служб и существующих форм гражданской службы, которые являются заменой военной службы. Мы письменно сообщили о нашем решении командованию соответствующего военного округа и публично высказываемся нашу позицию.

Нас объединяет отклонение принужденного, безоговорочного повиновения, отклонение многообразных форм нетерпимости, насилия и пристальности и в структурах общества и в отношениях между людьми. Мы думаем, что военная служба – это выражение реальности общества.

Причина нашей деятельности – это наша забота о мире ввиду мира, который вооружает себя до смерти. У нас нет доверия к способностям правящихся преодолеть старые механизмы. Мы

испытываем бессилие людей, над которыми власти царствуют и то, что совесть, способность к решениям и право на активное участие отдельных людей игнорируются.

Мы убеждены в том, что нельзя достичь мира средствами насилия. Опыт показывает, что – действие отдельного не достаточно для перемен – деловая и актуальная информация освобождающая – солидарность укрепляет связи между людьми – страх и пассивность парализуют.

Мы поэтому хотим:

- просветить и информировать о погубных переплетениях военных, экономических и культурных притязаний, мнений и обычаев
- информировать нас об альтернативных формах жизни.
- совместно упражнять ненасильные методы решения конфликтов и проверять их применимость,
- всегда быть готовы для бесед между нами, чтобы облегчить

времена страхов и предотвратить срывы.

- освободить потенциальных отказников из изоляции и провожать их при их решениях,
- сопротивлять всем акциям направленные на милитаризацию общества.

- сознавая свою ответственность, выступать за мирное сосуществование и в обществе и между народами и искать международные встречи,
- выступать за безограниченное признание права человека на отказ от военной службы.

Мы надеемся на то, что между нами развится живой обмен мнениями, что этот обмен способствует нашей фантазии, изгоняет страх и даст нам и другим надежду!

Berlin, 07.11.1987

Приложения к этому заявлению:

Международное заявление против военной обязанности и Основное заявление группы "Международные противники войне".

Дружеская кружка

Тотальные отказники от военной службы

(ФВТВ)

Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer

c/o Umweltbibliothek
Schliemannstr. 22
O-1058 Berlin

Vorwort

Mit freundlicher Unterstützung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2025 Vandenhoeck & Ruprecht, Robert-Bosch-Breite 10, D-37079 Göttingen, ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill BV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapur; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill BV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Schönningh, Brill Fink, Brill mentis, Brill Wageningen Academic, Vandenhoeck & Ruprecht, Bohlau und V&R unipress.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Vervielfältigung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz: 3w+P, Rimpf
Druck und Bindung: Hubert & Co, Ergolding
Printed in the EU

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com
E-Mail: info@v-r.de

ISSN 2198-140X (print) | ISSN 2197-0874 (digital)

Das vorgelegte Werk bildet die erste umfassende wissenschaftliche Studie über Wehrdiensttotalverweigerer in der DDR. Als Band 2 der Serie „Diskriminierung von Christen in der DDR“ bindelt sie in den „Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte“ die Teilergebnisse der Untersuchungen, welche im Rahmen des vom Freistaat Thüringen – Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft sowie der Friedrich-Schiller-Universität Jena zwischen 2020 und 2023 geförderten Forschungsprojekts „Diskriminierung von Christen in der DDR. Dargestellt am Beispiel von Bausoldaten, Totalverweigerern und Jugendlichen im Widerstand gegen die Wehrerziehung in den 1960er Jahren mit Schwerpunkt Thüringer Raum“ am Lehrstuhl für Kirchengeschichte der Theologischen Fakultät der Universität Jena durchgeführt wurden.

Ausgehend von der Beobachtung, dass mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR 1962 zahlreiche junge Männer den Wehrdienst verweigerten, geht die Studie den Fragen nach, wie diese Widerstandsformen genauer aussahen, aus welchen Motiven die Verweigerer handelten, welche Maßnahmen der SED-Staat dagegen ergriff und wie sich die Thematik nach Einführung des Bausoldatendienstes 1964 entwickelte. Zudem wird u. a. nach der Anzahl der Wehrdiensttotalverweigerer, ihren religiösen und sozialen Präigungen und den erlittenen Formen der Repression infolge ihrer Verweigerung gefragt. Mittels archivalischer, statistischer und biographisch-licher Zugänge konnten die in staatlichen, kirchlichen und privaten Archiven erschlossenen Quellen, zahlreiche Ego-Dokumente und eigens durchgeführte teilnarrative Zeitzeugeninterviews ausgewertet, eingeordnet und interpretiert werden. Anhand von synchronen und diachronen Textanalysen, der zeithistorischen Kontextualisierung sowie der historischen Netzwerkforschung, verbunden mit der Anwendung von Methoden der „Oral History“, verfolgt die Darstellung ein doppeltes Ziel: Zum einen wird erstmals eine Geschichte der Wehrdiensttotalverweigerer der 1960er Jahre vorgelegt und zum anderen ein Beitrag zur Diskriminierung von Christen in der DDR am Beispiel der Totalverweigerer geboten.

Unter unserer Leitung verfasst und nach Projektende an der Ludwig-Maximilians-Universität München finalisiert wurde die Forschungsarbeit von Maximilian Rosin, der sich als Projektmitarbeiter neben Anita Henneberger und Marius Stachowski kontinuierlich, hoch engagiert und mit geradezu kritikalstischem Spürsinn dem Thema widmete. Ihm gilt an dieser Stelle unser

fachwissenschaftliche Beratung, Unterstützung bei den Archivrecherchen oder Auskünfte zu Personen. Hervorzuheben sind hier besonders Prof. Dr. Peter Maser (Naumburg / Saale), Dr. Annegret Dirksen (Frankfurt am Main), Prof. Dr. Hans-Hermann Dirksen (Frankfurt am Main), Falk Bersch (Hohenkirchen/Gramkow), Prof. Dr. Sylka Scholz (Jena), Prof. Dr. Jörg Seiler (Erfurt), Dr. Sebastian Kranich (Neudietendorf), Dr. Heiner Bröckermann und das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (Potsdam) sowie Andreas Ilse (Jena) für die Bereitstellung ihrer wissenschaftlichen Expertise. Ebenfalls zu danken ist denjenigen Menschen, welche die Arbeit in den konsultierten Archiven vor Ort möglich machten und unterstützen: dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“, dem Archiv und Bibliothek der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland – Standort Eisenach, dem Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., dem Bundesarchiv – Standort Berlin-Lichterfelde, – Standort Freiburg im Breisgau (Militärarchiv) und dem Stasi-Unterlagen-Archiv, dem Geschichtsarchiv der Zeugen Jehovas, dem Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar sowie dem Evangelischen Zentralarchiv Berlin. Für die logistische Unterstützung sind der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Ludwig-Maximilians-Universität München zu danken. Ein besonderer Dank gilt schließlich denjenigen, die sich als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen für Gespräche und Interviews zur Verfügung stellten. Ohne ihre Bereitschaft und Offenheit hätte diese Studie nicht angefertigt werden können.

Das Korrekturat und Lektorat übernahmen die studentischen Assistentinnen Johanna Rosin, Pia Martin, Vivien Belke und Sophia Dankmaier, von denen die beiden zuletzt Genannten auch die Biogramme erstellten.

Dass nach den 2023 publizierten Tagungsakten „Diskriminierung von Christen in der DDR. Bd.1: Militarisierung und Widerstand in den 1960er Jahren“ auch dieser Band in der Reihe „Arbeiten zur Kirchlichen Zeitschichte“ erscheinen darf, verdanken wir der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte“ und den beiden Reihenherausgebern Prof. Dr. Harry Oelke (München) und Prof. Dr. Siegfried Hermle (Köln). Für die professionelle Betreuung und Drucklegung sei ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verlags Vandenhoeck & Ruprecht in der Brill Gruppe herzlich gedankt. Dass die Publikation in dieser Form erscheinen kann, haben wir der Förderung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu danken.

München / Göttingen,
den 10. Januar 2025

Christopher Spehr und Roland M. Lehmann

Inhalt

1. Einleitung	15
1.1 Konturen der Forschung	19
1.1.1 Bausoldatenforschung	20
1.1.2 Militärgeschichte Aufarbeitung der Nationalen Volksarmee	23
1.1.3 Verfolgungsgeschichte der Zeugen Jehovas in der DDR	25
1.1.4 Einzelstudien zu Freikirchen und Sondergemeinschaften in der DDR	27
1.1.5 Untersuchungen zum Strafvollzug politischer Häftlinge in der DDR	30
1.1.6 Studien zu Widerstand und Opposition in der DDR	32
1.1.7 Zwischenresümee	33
1.2 Quellen	35
1.2.1 Bundesarchiv	35
1.2.2 Stasi-Unterlagen-Archiv	36
1.2.3 Kirchliche Archive	38
1.2.4 Vor- und Nachlässe	38
1.2.5 Geschichtsarchiv der Zeugen Jehovas	39
1.2.6 Ego-Dokumente, Fragebögen und Interviews	39
1.2.7 Zwischenresümee	40
1.3 Methoden	40
1.3.1 Der archivalische Ansatz	41
1.3.2 Der statistische Ansatz	41
1.3.3 Der biografische Ansatz	42
1.4 Aufbau der Darstellung	43
2. Facetten des Begriffs „Totalverweigerer“	45
2.1 Wehrdienstverweigerer, Kriegsdienstverweigerer oder Totalverweigerer – ein Forschungsdiskurs	45
2.2 Veränderung der Begriffskonnotation 1964	47
2.3 Systemvergleichende Perspektiven	48
2.4 Quellsprachliche Besonderheiten	49
2.5 Biografiegeschichtliche Differenzierungen	50
2.6 Zwischenresümee	52

3. Institutionelle Rahmenbedingungen	53
3.1 Die Rechtsverfolgung in der DDR-Justiz	54
3.2 Der Umgang mit Verweigerung innerhalb der NVA	57
3.3 Die geheimdienstliche Überwachung durch das MfS	61
3.4 Die Positionen der Kirchen und Sondergemeinschaften zum Thema Wehrdienstverweigerung	65
3.4.1 <i>Evangelische Landeskirchen</i>	66
3.4.2 <i>Römisch-katholische Kirche</i>	68
3.4.3 <i>Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas</i>	68
3.5' Zwischenresümee	71
4. Statistische Analyse	74
4.1 Anzahl der Wehrdienstverweigerer bei der Musterung	75
4.2 Anzahl der einberufenen, verhafteten und verurteilten Wehrdienstverweigerer	80
4.3 Konfessionszugehörigkeit von Totalverweigerern	85
4.4 Anzahl von Totalverweigerern im Verhältnis zu Bausoldaten	88
4.5 Verweigererpotential der nicht-einberufenen Wehrdienstverweigerer	92
4.6 Zwischenresümee	97
5. Die erste Phase der Wehrdienstverweigerung nach Einführung der Wehrpflicht (1962–1964)	101
5.1 Die Wehrdienstverweigerung im Zuge von Erfassung und Musterung	102
5.1.1 <i>Das Verfahren der Rekrutierung für die NVA</i>	104
a) Erfassung	105
b) Musterung	106
c) Einberufung	109
5.1.2 <i>Die Berichterstattung über erste Wehrdienstverweigerer</i>	111
5.1.3 <i>Die mündliche Ablehnung des Wehrdienstes vor der Musterungskommission</i>	116
5.1.4 <i>Die schriftlichen Eingaben gegen den Wehrdienst</i>	120
5.1.5 <i>Zwischenresümee</i>	124
5.2 Der Verzicht auf die Einberufung von Wehrdienstverweigerern	125
5.2.1 <i>Die Zurückstellungspraxis gegenüber Studenten und kirchlichen Angestellten</i>	126
5.2.2 <i>Der stille Aufschub von Einberufungen wegen der Einrichtung des Wehersatzdienstes in den Baeinheiten</i>	136
5.2.3 <i>Die Verfolgung und Bespitzelung einzelner Wehrdienstverweigerer durch das MfS</i>	139
a) Die Schulung der Mitarbeiter des MfS im Umgang mit	

b) Die konkrete Überwachung von Verweigerern durch das MfS	141
c) Die gezielte Fehlinformation über Zeugen Jehovas	144
5.2.4 <i>Zwischenresümee</i>	146
5.3 Die Verhaftungen und Gerichtsprozesse im Übergang von der zivilen zur militärischen Gerichtsbarkeit	147
5.3.1 <i>Die ersten Festnahmen im Vorfeld der Einberufung</i>	148
5.3.2 <i>Die zivilgerichtlichen Verurteilungen zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung</i>	150
5.3.3 <i>Zivilgerichtliche Verurteilungen zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung</i>	156
5.3.4 <i>Verhaftungen zum zweiten Einberufungsturnus im Herbst 1962</i>	158
5.3.5 <i>Der Übergang von ziviler zu militärischer Gerichtsbarkeit (1963)</i>	159
5.3.6 <i>Die Verhaftungen im Frühjahr 1963 – Zwischen langem Strafmaß und Entlassung</i>	161
5.3.7 <i>Verurteilung im Herbst 1963 wegen Dienst-statt Wehrdienstverweigerung</i>	162
5.3.8 <i>Der Verzicht auf eine Verhaftung und die Verhängung eines kürzeren Strafmaßes im Frühjahr 1964</i>	165
5.3.9 <i>Zwischenresümee</i>	166
5.4 Der lokal und dezentral organisierte Strafvollzug	167
5.4.1 <i>Die Haftbedingungen von Wehrdienstverweigerern am Beispiel Bützow</i>	171
5.4.2 <i>Die Haftbedingungen und Folgen in weiteren Gefängnissen</i>	173
5.4.3 <i>Der Fall Wolfgang Hanusch</i>	174
5.4.4 <i>Der Fall Peter Lasch</i>	177
5.4.5 <i>Zwischenresümee</i>	183
5.5 Resümee: Die Konstituierung der Rechtsverfolgung	183
6. Die zweite Phase der Wehrdienstverweigerung nach Einführung des Bausoldatendienstes (1964–1967)	186
6.1 Die Entscheidung zwischen Bausoldatendienst und Totalverweigerung bei der Nachmusterung	187
6.1.1 <i>Die Nachmusterung zu den Baeinheiten</i>	188
a) Repräsentativer Verlauf einer Totalverweigerung bis zur Verhaftung	190
b) Abstimmungen zwischen MfNV und ZK über „Wehersatzdienstverweigerer“	191
c) Zustimmung und Kritik am Bausoldatendienst in den evangelischen Kirchen	193

6.1.2 Die Praxis der Nachmusterung	195
a) Die Nachmusterung zu den Baueinheiten des WBK Suhl	195
b) Konfessionsspezifische Tendenzen bei der Nachmusterung	196
c) Gezielte Fehlinformationen über den Bausoldatendienst	197
6.1.3 Grenzfälle zwischen Totalverweigerung und Bausoldatendienst	199
a) Die Bereitschaft zum Dienstantritt als Bausoldat angesichts der Strafverfolgung	199
b) Die nachträgliche Totalverweigerung von Bausoldaten	201
c) Die Einberufung zu den Baueinheiten als Fluchtanlass	205
6.1.4 Zwischenresümee	207
6.2 Die Einberufungspraxis der NVA	207
6.2.1 Die Nachholeffekte der vorangehenden Phase	209
6.2.2 Überlegungen der NVA zur Nicht-Einberufung von Totalverweigerern	210
6.2.3 Die „Doppelsitzer“ als Sonderfall einer nochmaligen Einberufung	214
6.2.4 Zwischenresümee	215
6.3 Die Zeugen Jehovas und ihre koordinierten Verhaftungen durch den SED-Staat	216
6.3.1 Die erste Verhaftungswelle als Versuch der Umerziehung von Gemeindegliedern (1964)	217
a) Verhaftung und Untersuchungshaft	219
b) Militärgerichtsprozesse am Beispiel des MG Erfurt	222
c) Einweisung in den Strafvollzug	226
6.3.2 Die Zentralisierung der Inhaftierung in Berndshof/Ueckermünde und Bautzen (1964–1966)	228
a) Die Einrichtung des Militärstrafvollzugskommandos Berndshof	229
b) Die Haftbedingungen und der Arbeitsalltag im Lager	230
c) Umerziehung und militärischer Drill	235
d) Die Verlegung nach Bautzen I und die dortigen Haftbedingungen	239
e) Entlassung aus dem Strafvollzug und Haftfolgen	243
6.3.3 Die zweite Verhaftungswelle als Etablierung programmatischer Strukturen der Rechtsprechung (1966)	247
a) Die Verfolgung der Leitungsebene der Zeugen Jehovas im OV „Sumpf“	249
b) Diskussionen der Militärjustiz über die erneute Einberufung von Wehrdienstverweigerern	251

c) Die Rechtsverfolgung von Totalverweigerern der zweiten Verhaftungswelle	253
d) Exemplarische Einzelschicksale	255
6.3.4 Die dritte Verhaftungswelle als Vereinheitlichung der Verfolgung (1967)	258
6.3.5 Zwischenresümee	263
6.4. Einzelschicksale der Verweigerung aus den Großkirchen	264
6.4.1 Die friedensethische Motivation des Leipziger Bernhard Schnyer	265
6.4.2 Der sächsische Landwirt Friedrich Ninnemann	275
6.4.3 Exkurs: Wehrdienstverweigerer aus Kinderheimen und Jugendwerkhöfen	282
6.4.4 Die Nicht-Einberufung des Thüringer Diakonanwärters Thomas Auerbach	285
6.4.5 Der katholische Wehrdienstverweigerer Harald Eichler aus Anhalt	287
6.4.6 Von der „sozialistischen Musterbiografie“ zur Wehrdienstverweigerung Karl Dreschers	296
6.4.7 Der Wechsel vom Totalverweigerer zum Bausoldaten des Rostocker evangelischen Vikars Heiko Lietz	304
6.4.8 Wehrdienstverweigerung und Ausweisung des Thüringer evangelischen Vikars Werner Ross	308
6.4.9 Zwischenresümee	317
6.5 Resümee: Der Wandel der Diskriminierungspraxis	319
7. Die dritte Phase der Wehrdienstverweigerung nach der Niederschlagung des Prager Frühlings (1968–1970)	323
7.1 Die Zunahme der Totalverweigerung von Wehrpflichtigen bei der Musterung	325
7.1.1 Die gesellschaftlichen Debatten über Sozialismus und Frieden zwischen Protest und Desillusionierung	326
7.1.2 Verstärkte friedensethische Argumentationen von Jugendlichen	329
7.1.3 Verweigerungen aufgrund des Einmarsches der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR	331
7.1.4 Zwischenresümee	334
7.2 Der Verzicht auf die Einberufung von Totalverweigerern aus den Großkirchen	335
7.2.1 Markus Meckel als Beispiel für die Nicht-Berücksichtigung eines Verweigerers	337
7.2.2 Der sozialismuskritische Theologiestudent Ulrich Henke	340
7.2.3 Zwischenresümee	342

7.3 Die Vereinheitlichung des Umgangs mit Totalverweigerern seitens des Staatsapparats	343
7.3.1 Gesetzesänderungen im Anschluss an die Verfassungsänderung 1968	343
7.3.2 Die vierte Verhaftungswelle (1969)	345
a) Einzelne Verhaftungen im Jahr 1968	345
b) Behördliche Diskussionen im Vorfeld der vierten Verhaftungswelle	347
c) Militärgerichtsprozesse im Mai 1969	349
d) Der Zusammenhang zwischen Totalverweigerung und Ausreisebestrebung	351
7.3.3 Die fünfte Verhaftungswelle (1970)	353
7.3.4 Die Einberufungen von Totalverweigerern als Reservisten	355
a) Einberufung ungedienter Wehrpflichtiger zur Reserve	357
b) Einberufung von zu den Zeugen Jehovas konvertierten Reservisten	358
c) Einberufung zur Reserve als Rechtsmittel der Verfolgung von Zeugen Jehovas	359
7.3.5 Der Fall Dietmar Bartel	362
7.3.6 Zwischenresümee	366
7.4 Resümee: Die Systematisierung der Verfolgung von Totalverweigerern	367
8. Vernetzung und Netzwerke der Totalverweigerer	369
8.1 Verweigerung als identitätsstiftendes Element der Zeugen Jehovas	370
8.1.1 Der punktuelle Austausch innerhalb der Religionsgemeinschaft	371
8.1.2 Die Verfolgung als „Glaubensprüfung“	373
8.1.3 Die Gruppenbildung der „Berndshofer“	376
8.2 Die Einbindung der evangelischen Verweigerer in die Netzwerke der Friedensarbeit	380
8.2.1 Die evangelischen Totalverweigerer als Impulsgeber in den sich ausformenden Bausoldatennetzwerken seit 1965	381
8.2.2 Die Totalverweigerer als radikaler Flügel der kirchlichen Basisgruppen in den 1970er Jahren	388
8.2.3 Die eigene Netzwerkbildung um den „Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer“ in den 1980er Jahren	390
8.2.4 Die Debatte um den waffenlosen Wehrdienst als „fauler Kompromiss“ auf dem Bausoldatenkongress 2004	393
8.3 Resümee: Die Vernetzung und das Eingebundensein in die Netzwerke der Friedensarbeit	399

9. Die Diskriminierung von Totalverweigerern – eine Schlussbetrachtung	401
9.1 Totalverweigerer in den 1960er Jahren	402
9.1.1 Die Statistik der Verweigerung – Das Verhältnis von Totalverweigerern, Bausoldaten und Nicht-Einberufenen	403
9.1.2 Die willkürliche Verfolgung der ersten Wehrdienstverweigerer – „Faulenzen“ oder „Unterstützer des Hitlerfaschismus“?	404
9.1.3 Das koordinierte Vorgehen der Behörden zwischen 1964 und 1970 – Die Gleichzeitigkeit von Verhaftungswellen und Nicht-Einberufung der Totalverweigerer	406
9.1.4 Die begrenzte Gruppenbildung der Totalverweigerer – Ein Netzwerk aus Individualisten?	408
9.2 Facetten der Diskriminierung	408
9.2.1 Die konfessionsspezifischen Ausprägungen – Die Ungleichbehandlung von Zeugen Jehovas im Vergleich zu den Gemeindegliedern der Großkirchen	410
9.2.2 Die institutionellen Diskriminierungsstrategien – Von der Umerziehung zur Akzeptanz innerhalb der Strafverfolgung	411
9.2.3 Die Kirchen als vermittelnde Akteure – Praktische Unterstützung trotz theologischer Differenzen	414
9.2.4 Die persönlichen Folgen für die diskriminierten Akteure – Zwischen Glaubensstärkung und lebenslanger Repression	417
Anhang I: Fragebogen des Forschungsprojektes „Diskriminierung von Christen in der DDR – Totalverweigerer“	421
Anhang II: Interviewleitfaden des Forschungsprojektes „Diskriminierung von Christen in der DDR – Totalverweigerer“	428
Abkürzungsverzeichnis	430
Quellen- und Literaturverzeichnis	432
I. Unveröffentlichte Quellen	432
a) Archivalische Quellen	432
b) Mündliche und schriftliche Auskünfte	435
1. Privatarchive	435
2. Zeitzeugeninterviews	438
3. Fragebögen	438
II. Veröffentlichte Quellen und Darstellungen	439
III. Internetquellen	455
Personenregister	456

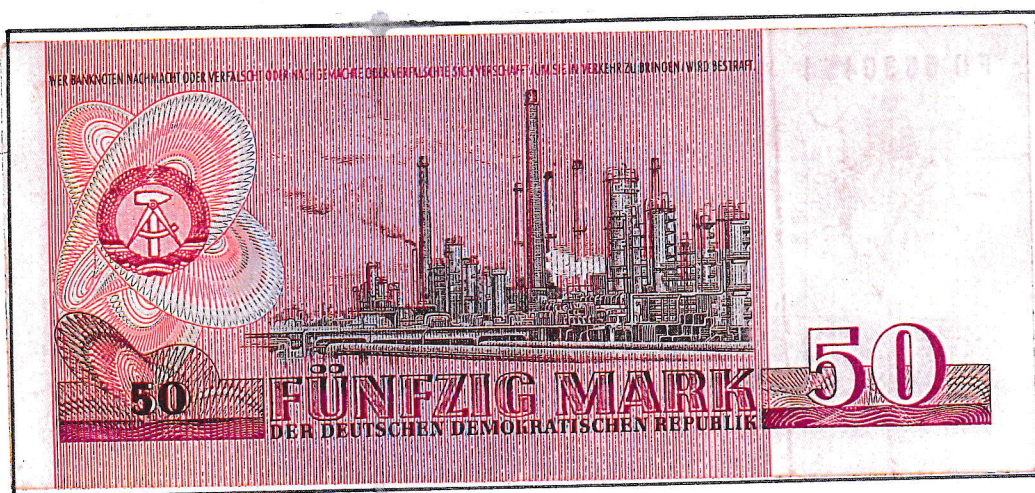
Als Beitrag zu den Jubiläums-Feierlichkeiten des

40. Jahrestags der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

am 7. Oktober 1989, wenden sich DDR-BürgerInnen an die

Öffentlichkeit von Berlin-Hauptstadt mit folgender Note :

①

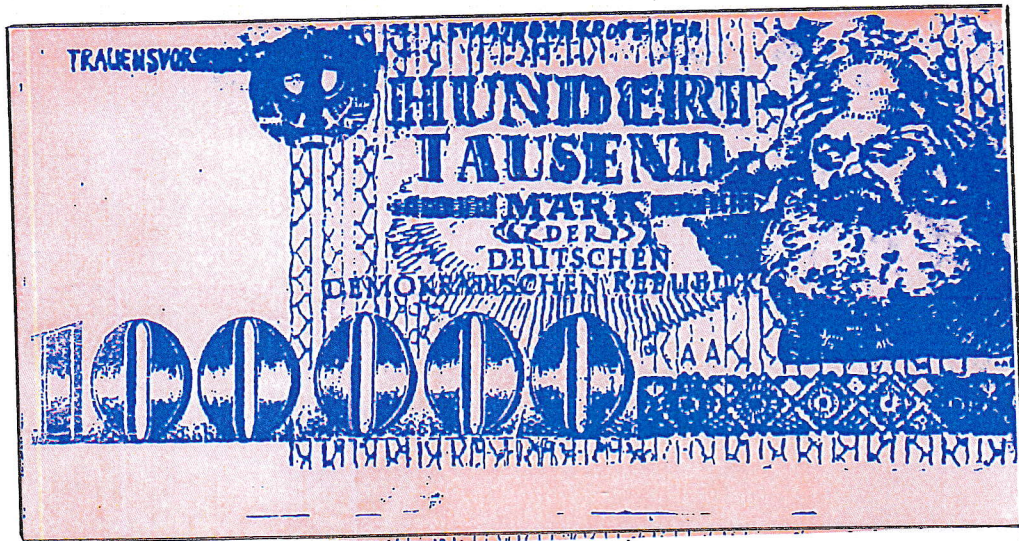


»Geburtsstagsgeld« hergestellt mit Hilfe von »Solidarnosc« und herausgegeben vom Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer. Nach: Keine Gewalt! Der friedliche Weg zur Demokratie. Eine Chronik in Bildern. Evangelische Verlagsanstalt Berlin 1990. ISBN 3-374-01260-4



2

Als Beitrag zu den Jubiläums-Feierlichkeiten des
40. Jahrestags der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
am 7. Oktober 1989, wenden sich DDR-BürgerInnen an die
Öffentlichkeit von Berlin-Hauptstadt mit folgender Note :



»Geburtstagsgeld« hergestellt mit Hilfe von »Solidarnosc« und herausgegeben vom Freundeskreis
Wehrdiensttotalverweigerer. Nach: Keine Gewalt! Der friedliche Weg zur Demokratie. Eine Chronik
in Bildern. Evangelische Verlagsanstalt Berlin 1990. ISBN 3-374-01260-4

Georg Meusel aus Werdau:

Ja für die Totalverweigerung

Einer der ersten Kriegsdienstverweigerer der DDR / Für aktiven Friedensdienst

WERDAU. – Vor wenigen Tagen wurde erstmals ein Totalverweigerer aus der ehemaligen DDR festgenommen und in Bundeswehrarrest überstellt. Es handelt sich dabei um den 19jährigen Sascha Baumann aus Berlin-Treptow. Auf dem Gebiet der neuen Bundesländer ist das die erste Inhaftierung eines Kriegsdienstverweigerers seit 1983. Der Werdauer Georg Meusel verweigerte bereits 1962 den Dienst mit der Waffe. Er war einer der ersten Verweigerer der DDR, nachdem die allgemeine Wehrpflicht im selben Jahr eingeführt wurde. Unsere Redaktion sprach mit ihm:

Wie denken Sie über die Inhaftierung des 19jährigen Berliner Jugendlichen?

Ich werte dies als einen Schritt zurück hinter die Praxis, die seit 1983 in der ehemaligen DDR bestand und halte es daher für schlimm.

Müßte sich die Kirche nicht mehr für Wehrdienstverweigerer einsetzen?

Sicherlich ist es Aufgabe der Kirche, die betroffenen jungen Männer in Schutz zu nehmen. Teilweise sind auch schon gute Ansätze vorhanden, aber im Moment erscheint mir die Kirchenleitung stärker in die Abhängigkeit von konservativen und staatsreuen Kräften geraten zu sein. Ich glaube, sie wird sich jetzt weniger für Verweigerer einsetzen als zu früheren Zeiten in der DDR.

Sehen Sie eine Chance, daß die Friedensbewegung die Verankerung des Rechtes auf Totalverweigerung im deutschen Grundgesetz erreicht?

Auf dem Wege einer Gesetzesänderung des derzeitigen Grundgesetzes ist die Chance äußerst gering. Ich hoffe aber, daß diese Frage in die Diskussion um eine neue Verfassung einfließt. Langfristig wird man es hoffentlich erreichen können. Derzeit ist die Friedensbewegung eine zu kleine Kraft, und Minderheiten können leider leicht übergangen werden.

Können Sie uns bitte kurz einige Argumente für die Totalverweigerung nennen?

Zuerst einmal möchte ich betonen, daß ich sie für völlig legitim halte, obwohl ich selbst seinerzeit nicht total verweigert habe, sondern zu einem nicht kriegswichtigen Ausweisdienst bereit war, den es allerdings noch nicht gab. Es ist eine Zeichensetzung für eine zukünftige Weltordnung, in der Konflikte friedlich gelöst werden sollen, wenn junge Menschen den Kriegsdienst verweigern. Außerdem hat jeder Mensch ein Freiheitsrecht, ein Staat aber nicht das Recht, über Menschen zu entscheiden und zu verfügen. Er ist ja nicht Schöpfer des Lebens. Der sogenannte Befehlsgehorsam ist besonders für uns Deutsche in der Geschichte mehrfach zum Verhängnis geworden. Ich bin gegen jede Armee – auch gegen

eine Berufsarmee. In Mitteleuropa sollte eine waffenfreie Zone geschaffen werden, um den kleinen Nachbarvölkern die Angst vor uns zu nehmen. Es gibt bereits Friedensinitiativen in Deutschland, Österreich und in der Schweiz, die sich einge-

daß die Zivilis im Kriegsfall für militärische Zwecke eingezogen werden können. Außerdem ist die jetzige Zivildienstform fast „nur“ ein Sozialdienst. Ich wünsche mir einen Zivildienst, der wirklich Friedensdienst ist. Er sollte vorrangig der Erhaltung und Vertiefung des Völkerfriedens dienen. Das kann ein Versöhnungsdienst, ähnlich dem Vorbild der Aktion Sühnezeichen, ein Aufbaudienst und auch ein Entwicklungsdienst sein, der der Verständigung zwischen Nord und Süd hilft und im Idealfall auf freiwilliger Basis geleistet wird. Solange es aber die Wehrpflicht gibt, sollte es auch einen nicht-militärischen Wehrersatzdienst mit alternativen Angeboten geben, die karitativen, ökologischen und friedenspolitischen Charakter besitzen.

Abschließend eine ganz spezielle Frage: Welche Ratschläge geben Sie Totalverweigerern?

Sie sollten aus der Negation einer Verweigerung in die Position eines freiwilligen Friedensdienstes finden. Sonst verlieren sie ihre Glaubwürdigkeit und machen es anderen Verweigerern unnötig schwer. Ich rate ihnen, ihrer Umwelt deutlich zu machen, daß sie nicht aus eigennützigen Interessen den Dienst ablehnen. Das Friedensseminar in Königswalde berät die jungen Männer, die diesen Schritt wagen wollen, gern. Außerdem gibt es in Großstädten Gruppen von ehemaligen, jetzigen und zukünftigen Totalverweigerern, die auch Informationen liefern und beraten können.

Hagen Kunze



Georg Meusel aus Werdau lehnt entschieden jede Art von Wehrdienst ab. Für Kriegsdienstverweigerer aus Überzeugung fordert er die Alternative eines Friedensdienstes. Nach Einführung der Wehrpflicht in der verflochtenen DDR gehörte er zu den ersten Wehrdienstverweigerern.

Foto: Hagen Kunze

Ende im Straßengraben

Eine Dreistigkeit: Verlassene Autos mit Kennzeichen

CRIMMITSCHAU. – Nach Erkenntnissen des Ordnungsamtes wächst die Zahl der wilden Mülldeponien in der Stadt, auf ihren Fluren, in Parks und Gehölzen geradezu bedrohlich an. Es gebe durchaus Fälle, da ließen die Verursacher in irgendeiner Form „Visitenkarten“ zurück, anhand derer ihre Identität festzustellen sei. Amtsleiter Steglich nannte es auch befremdlich, daß auch

zerhand in den Straßengraben schoben und sich nicht einmal die Mühe machten, das polizeiliche Kennzeichen zu entfernen. Er nannte als Beispiele die Wartburg TW 49-83, TE 61-74 und TV 37-62.

Dabei gebe es, so Steglich weiter, durchaus vernünftige Alternativen. Im Landkreis Werdau seien drei Händler für die fachgerechte Entsorgung von Kraftfahrzeugen autori-

hend mit dieser Vorstellung befassten. So sprachen sich erstaunlicherweise in der konservativen Schweiz 1989 bei der Volksabstimmung 37 Prozent der gesamten Bevölkerung für eine Abschaffung der Armee aus.

Was kritisieren Sie am derzeitigen Zivildienstgesetz?

Das Gesetz hat eine Klausel,

Dr. Jacob spricht

WERDAU. – Im Rahmen der Vortragsreihe für kirchlich und religiös Interessierte findet morgen, Dienstag,

Für Senioren

WERDAU. – Im Werdauer Seniorenclub in der Waldstraße besteht täglich für die Rentner der Stadt und des Landkreises Werdau die Möglichkeit, ein Frühstück mit frischen Brötchen und Kaffee einzunehmen. Ab 13 Uhr ist frisches Gebäck im Angebot. Den Klub kann man von 8 bis 18 Uhr durchgehend besuchen.

Berlin, den 9.4.84

HVL_01_15

Erklärung

Hauptgrund meiner Entscheidung gegenwärtigen Motivation lehne ich derzeit den Wehrdienst grundsätzlich ab.

Ethische Grundlage meiner Entscheidung bildet die Bspredigt des Neuen Testaments, die gemeinsam mit wichtigeren rationalen Gründen als einzig mögliche Antwort ein absolutes Nein zum Wehrdienst fordert.

Zusbesondere sehe ich mich auch, getragen von den Aufregungen der 17. Synode der Evangelischen Kirche in der Provinz Sachsen vom 23.-27.2.1983 in Halle, die u.a. feststellte:

"Wir sehen uns in der derzeitigen Situation in Mitteleuropa genötigt, den Gemeindevorteil zu wahren, daß wir militärische Befriedung nicht mehr als ein sinnvolles Instrument zum Schutz des Friedens betrachten und somit auch die Beteiligung am Wehrdienst in Frage stellen müssen. Wir erwarten, daß die Friedensentwicklung im Wehrdienstverweigerer (auch bei Reservisten) rezeptiert wird."

ausgangspunkt

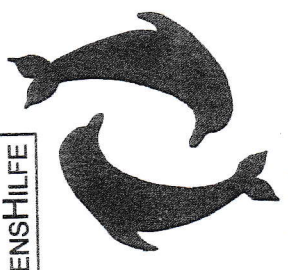
9.4.1984 meine Erklärung zur Totalverweigerung des Wehrdienstes – aus christlicher Motivation und Gründen der Vernunft.
(Mein NEIN zu Atomraketen und West und Ost siehe Anhang, Seite 197)

9.4.1984

Offizieller Beginn unserer *Hilfe für Menschen in Krisen* mit einer Beratungsstelle und einem bereitgestellten Haus mit 15 Plätzen unter dem Schuttschirm der Caritas/Ost.Inspiziert durch Wladislaw Dropiowski, unseren „Großvater“, „Bacca“, den Hirten, in Krakau/Polen, der sich und seine Wohnung in der Miodowa (Honiggasse) für Menschen in Not öffnete.

Immer wieder haben wir mit Menschen in Krisen zu tun, deren Situation auch eine zugespitzt politische Relevanz hat. So der geflüchtete Soldat aus Halle/S, Fahnenflucht. Oder Frau W. aus dem Prenzlauer Berg mit Ausreiseartrag. Im ersten „Fall“ verhandeln wir über den Caritasdirektor und das Erzbischöflichen Ordinariat Berlin, im zweiten „Fall“ fahre ich mit Frau W. zu Rechtsanwalt Wolfgang Vogel in die Kanzlei nach Berlin Marzahn, Reilerstr. 4, um eine Ausreise („Freikauf durch den Westen“) auszuloten (was dann kurzfristig möglich wird) Was waren das nur für feine Tapeten dort in der Kanzlei? fragt es in mir hernach. Westtapeten! Was für ein Advocatus diaboli in den Menschengeschäften zwischen der DDR und der BRD?! (mehr dazu in meinem Buch mit Imke T. „Von der Seele schreiben, Aus einem existenziellen Briefwechsel im Schatten der DDR“, Verlag tredition 2021)

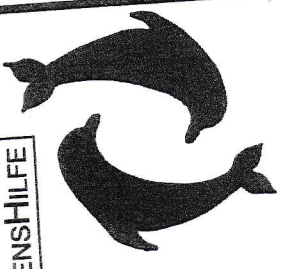
LEBENS-HILFE



**HVL 11 26
Beratung**
für Menschen
in Krisen

**Manetstraße 81
O-1092 BERLIN**
Hohel
Tel.
von 8.00
Straßenbahnverbindung:
vom S-Bahnhof Lennepsee mit Linie 63 oder 15 (7 Straßer

LEBENS-HILFE



Caritas-Haus
Wohnen
für Menschen
in schwierigen
Lebenssituationen

**Manetstraße 83
O-1092 BERLIN**
Hohenschönhausen
Tel. 376 49 01



Anstiftung zum Frieden

Wolfgang Herdlin

Ludwig

Jede*r Mensch kann, nach Terminabsprache in das Archiv kommen. Die **Nutzung** des Archivs ist kostenlos. Da wir ein ehrenamtliches Archiv sind, das keine staatliche Unterstützung bekommt, bitten wir jedoch um **Spenden**.

Um die Grundkosten wie Miete, Archivkartons, Büromaterial u.a. decken zu können, benötigen wir **Mitglieder** im gemeinnützigen Trägerverein. Der Jahresbeitrag beträgt 60 Euro. Beitrittsformulare schicken wir gerne zu.

Herzlich willkommen ist auch **Mitarbeit** im Archiv. Vorkenntnisse sind dabei nicht erforderlich, wir finden für alle eine Aufgabe!

Gerne werden **weitere Bestände** aufgenommen, denn nur so können wir die Geschichte der Gewaltfreien Bewegung abbilden, sie für zukünftige Generationen bewahren und der Forschung zur Verfügung stellen.

Wir benötigen für unsere Arbeit Geld und sind dafür auf Spenden dringend angewiesen.

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: **DE93 3702 0500 0008 0093 00**
BIC: **BFSWDE33XXX**



Archiv Aktiv e.V.
Normannenweg 17-21
20537 Hamburg
(Eingang durch den Hinterhof)
Tel.: 0170-7565451 (Jänicke)

E-Mail: [Email@archiv-aktiv.de](mailto:email@archiv-aktiv.de)
Webseite: www.archiv-aktiv.de

Archiv Aktiv e.V.



**Archiv für gewaltfreie
Bewegungen**

Sammeln – Bewahren – Auswerten –
Forschen – Anregen – Impulse geben



Wie entstanden die Ostermärsche, und wie wurden sie organisiert?

Wie war das damals in Mutlangen, als jahrelang kleine Gruppen das Lager der amerikanischen Pershing-II-Atomraketen blockierten? Wie wurde der Widerstand organisiert?

Wie schaffte es X-Tausendmal quer Hunderte Menschen auf die Transportstrecke der Castor-Behälter zu mobilisieren? Wie organisierten sie ihr Camp? Wie diskutierten sie gemeinsam Analysen und Strategien?



Das **Archiv Aktiv** sammelt

Materialien der

Gewaltfreien

Bewegungen in

all ihrer Vielfalt.

Auch Nachlässe

von Menschen,

die aktiv die

Gewaltfreie

Bewegung gestaltet

haben, finden sich im

Archiv und ergänzen damit

die Bestände der einzelnen

Kampagnen sinnvoll.

Zu den **Materialien** gehört klassisches Archivgut wie Protokolle, Akten, Briefe und Flyer. Literatur wie Bücher, Zeitungen und Zeitschriften; Transparente; Fotos, Dias, Filme, Videos und Objekte wie Demoschilder, Tassen, Buttons, T-Shirts, u. a.

Das Archiv Aktiv e.V. bietet allen Interessierten einen großartigen Einblick in viele Jahrzehnte Gewaltfreier Bewegung.

Das **Archiv Aktiv** besteht seit 1987 und stellt eine einzigartige Quellensammlung dar zu Geschichte, Theorie und Praxis der Gewaltfreien Bewegungen in Deutschland seit 1945.

Die wissenschaftliche wie gesellschaftliche Relevanz des Archivs beruht auf der Bedeutung Gewaltfreier Bewegungen mit ihren Konzepten für die Entwicklung einer auf den Menschenrechten basierenden, demokratischen Kultur.

